

Arbeiterstimme

Einzelnummer 10 Pfennig
Bei Abnahmebestellungen und in allen Städten erhältlich

Tageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Ostachsen
Beilagen: Der rote Stern / Der kommunistische Genossenschaftler / Wirtschaftliche Rundschau / Kunst und Wissen

Bezugspreis für den Monat drei Mark (halbmonatlich 1,50 M.); durch die Post bezogen monatlich 2,00 M. (ohne Zustellungsgebühr) / Verlag: „Arbeiterstimme“, Dresden-2, / Geschäftsstelle und Expedition: Anzeigen-Entnahme tags vorher bis 4 Uhr nachmittags in der Expedition Dresden-2, Güterbahnhof-Strasse 2 / Die „Arbeiterstimme“ erscheint täglich außer an Sonn- und Feiertagen / In Fällen höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Zurückzahlung des Bezugspreises

3. Jahrgang

Dienstag, den 18. Januar 1927

Nummer 14

Massenprotest der Gewerbetreibenden gegen die Freigabe der Gewerberäume und die drohende Mietpreissteigerung

Mieterkundgebung in Dresden

Der Allgemeine Mieterwohnereigen Dresden hat gestern die Handels- und Gewerbetreibenden zu einer Kundgebung gegen die von der Reichsregierung geplante Aufhebung des Mieterschutzes für die gewerblichen Räume einberufen. Die große Kundgebung, die durch die angeforderten Bestimmungen innerhalb der Gewerbetreibenden hervorgerufen ist, zeigte sich schon in dem Massenbesuch der Kundgebung. Der große Saal der Dresdener Kaufmannschaft erwies sich als zu klein für diese Massen. Es mußten zwei Nebensaalräume abgetrennt werden. Als erster Redner sprach der Vorsitzende des Bundes deutscher Mietervereine, G. Herrmann. Er zeigte, wie in jahrelangem Kampf erst die Mieterschutzbestimmungen errungen worden mußten und wie man jetzt dabei ist, die Bestimmungen zu durchbrechen und wieder aufzuheben. Die Hausbesitzerorganisationen betreiben mit aller Kraft die Aufhebung des Mieterschutzes, sei dieser gefallen, dann werden auch bald die Gesetze über die Mietpreisbildung verschwinden. Die Resolution habe deshalb, energische Maßnahmen gegen den Mietswucher zu antworten. Zwar sei in der Verfassung das Recht auf eine Wohnung garantiert, jedoch sei das nur auf dem Papier. Den Bürgerrechtlichen Wesen geben, das könne nur die Masse selbst. Die Gruppe für Handel und Gewerbe im Allgemeinen Mieterwohnereigen wolle deswegen nicht erst die Verordnungen der Reichsregierung an sich herantreiben lassen, sie marschierte vorher auf, um ihren Protest gegen die geplanten Maßnahmen kundzutun. In Preußen habe der Wohlfahrtsminister Dirheimer schon eine Verordnung vom 11. November 1926 den Mieterschutz für die gewerblichen Räume aufgehoben. Die Folge sei, daß viele Ladenlokale von Geschäftskleuten gekündigt werde, deren Ertrag dadurch vernichtet werde. Den Mietervereinigungen, die beim Ministerium gegen diese Maßnahmen protestierten, wurde erklärt, daß die Verordnung auf Grund von Gutachten der Handels- und Gewerbebestimmungen erlassen sei. Diese Handels- und Gewerbebestimmungen seien aber die Interessenvertreter der Hausbesitzerorganisationen. So habe man festgestellt, daß z. B. in Chemnitz, wo jetzt auch die Handels- und Gewerbebestimmungen erlassen haben, die Kammer aus 40 Mitgliedern bestehe, von denen nur fünf seine Hausbesitzer sind.

Der Redner protestierte dann dagegen, daß die Mietzinserhöhung und zu Vermaltungsgebühren genügt werde. Jetzt schon habe die Miete auf 100 Prozent Erhöhen. Der preussische Minister Dirheimer trete für 30 Prozent Erhöhung ein. Von anderer Seite würde die Indemnitätsforderung, die jetzt 100 Prozent betragen würde. Doch würden jetzt schon Erhöhungen um 300 Prozent gefordert. Die Hausbesitzer verlangten die „angepassten Miete“, die 100 Prozent betrage, aber man fordere eine „Höchstmiets“ mit 250 Prozent. Nun habe man zwar lagenannte Ausgleichsstellen eingerichtet jedoch seien diese ihre Aufgabe darin, den Forderungen der Hausbesitzer entgegenzukommen. In Bremen haben sie bestimmt, daß 250 Prozent Erhöhung nicht als Mietswucher anzusehen sei.

In Berlin seien die Auswirkungen der Kündigungen schon so, daß die Gewerbetreibenden in Massen ihre Läden schließen, weil Angestellten kündigen. Die Forderungen der Hausbesitzer seien so, daß man für Räume, wo man früher 7500 M. gefordert, jetzt 24000 M. verlange. Noch als geringe Forderung habe es dennoch, wenn ein Käufer für einen Laden, der bisher 2000 M. gefordert, 8000 M. verlange.

In Dresden marschiert der Verlag der Dresdener Kaufmannschaft den Nachrichten an der Spitze der Hausbesitzerorganisation. Diese, den Demokraten nahestehende Zeitung ist bisher des Grundstücks Viktorstraße 3. Sie hat den in ihrem Haus wohnenden Geschäftskleuten schon vor einiger Zeit geschrieben: Da anzunehmen sei, daß die Mieterschutzbestimmungen für die Gewerberäume aufgehoben werden, mache sie darauf aufmerksam, daß sie dann die Räume für sich benötige. Die Ladenbesitzer sollten sich um andere Räume bemühen. (Wollen die Ladenbesitzer diese Zeitung noch unterstützen?)

Es sprachen dann noch der Kürschnermeister Jungnickel und Heinrich Berger. Die Versammlung beschloß, von einer Diskussion abzusehen, und nahm folgende

Entschließung

„Die am 17. Januar 1927 in der Dresdener Kaufmannschaft mehrfach verammelten Gewerbe- und Geschäftskleuten haben mit großer Sorge davon Kenntnis genommen, daß der preussische Wohlfahrtsminister auf dem Verordnungsweg für die Geschäftskleuten den Mieterschutz aufgehoben hat und mit einem Federhieb Tausende um ihre Existenz bringen wird. Wie die Mietervereine in ihrem arbeitslosen Befinden erfahren hat, haben Erhöhung der Mieten und Freigabe des Mieterschutzes auch bei der Bildung der neuen sächsischen Regierung eine besondere Rolle ge-

Protektoren des Hafenzweiges

Ein Freibrief für Hitler als Kaufpreis für ein Reichs-Kabinett

Dresden, am 18. Januar 1927.

Wie es bei jedem schmutzigen Geschäft Betrüger und Betrogene gibt, so auch bei dem erbärmlichen Schacher um die Bildung der sächsischen Regierung, der nunmehr mit einer neuen Heldentat zu einem vorläufigen Abschluß gekommen ist. Noch ehe diese Regierung, die nur möglich war durch den beispiellosen Abwehrverrat der sozialdemokratischen Gewerkschaftler, sich dem Landtag vorstellte und ihr realitätsloses Regierungsprogramm verkündet hat, wurden die Bedingungen und der Kaufpreis bekannt, unter denen die Regierung Heldt zusammengekauft wurde. Der Preis, den die Nationalsozialisten forderten und auch bewilligt erhalten haben, verlangt, daß im Sommer dieses Jahres der Einfluß der Schwarz-Weiß-Noten auf dieses Kabinett und seine Politik durch die Bereitstellung von Ministerstellen äußerlich zum Ausdruck kommt und damit noch besser realisiert werden soll. Die KPS-Beute behaupten zwar, von den Abmachungen der übrigen direktiven Parteien über den eventuellen Rücktritt und die Umbildung dieser Regierung nichts gewußt zu haben. Sie verlangen auf diese Weise ihren schamlosen Verrat zu heben und die Dresdener Volkszeitung glaubt gestern von den KPS-Beuten sprechen zu müssen als „den Betrogenen, deren Minister zu Ministern auf „Hru!“ geworden seien. Jetzt, nachdem die Parteien des Bürgerbunds von den KPS-Beuten nach einem schmerzlichen Abschied befreit worden sind und die Heldt-Regierung doch noch imstande gekommen ist, werden allmählich Einzelheiten des Schachergeschäfts um die Regierung bekannt. Jetzt schon die staatsrechtlichen Verhandlungen, die von der SPD mit der Aufwertungspartei geführt wurden, die wirklichen Absichten der SPD-Führer: ein günstigeres Übergangsstadium zur Koalitionsregierung zu schaffen, so werden nunmehr die Pläne und die traurige Rolle der koalitionslisternen SPD-Führer bei der Regierungsbildung bekannt. In den deutschlandischen Dresdener Nachrichten macht am Sonntag der Kapitän vom Hafenzweig, der nationalsozialistische Abgeordnete v. Müde, in einer Zeitschrift, die auch von den Leipziger Neuesten Nachrichten angenommen wurde, Entschuldigungen über die Bemühungen der SPD, mit Hilfe der Unterstützung der Hafenzweiger zu einem Kabinett Reichner zu kommen. In seiner Zeitschrift an dieses Blatt schreibt Müde:

„Es ist von den Nationalsozialisten bei allen Verhandlungen von vornherein betont worden, daß ihre Stimmen für Reichner nie gegeben werden würden...

Für den Fall des Zustandekommens einer Reichs-Regierung, auch ohne daß die Nationalsozialisten für diese allzu günstig hätten, waren Zusicherungen gegeben worden, die Redefreiheit Hitlers betreffend, welche die Nationalsozialisten durchaus befreiben konnten.“

Nach dieser Erklärung des nationalsozialistischen Abgeordneten von Müde hat die SPD nicht nur mit den Hafenzweigern über die Regierungsbildung verhandelt, sondern ist darüber hinaus bereit gewesen, als Kaufpreis für die Hilfe Unterstützung oder das Abgeben welcher Stimmzettel durch die Nationalsozialisten bei der Abstimmung über den Ministerpräsidenten an die Hafenzweiger einen Freibrief für das Auftreten des Reichsführers Adolf Hitler in Sachsen auszustellen.

Die Zeitschrift Müdes an das deutschlandische Blatt erzählt nun auch das Verhalten der Nationalsozialisten bei der Wahl des Ministerpräsidenten, die bei der ersten Abstimmung den Saal verließen und beim zweiten Wahlgang sich der Stimme enthielten. Der gemeine Schacher der sozialdemokratischen Führer konnte jedoch nur zum Ziele führen, wenn es gelang, die Aufwertungspartei unter die Fittiche zu bekommen. Nachdem das trotz aller Bemühungen nicht gelang war, und die Deutschen national aus Furcht, durch ihr Verhalten ein Kabinett Reichner zu ermöglichen, unter dem Druck der Aufwertungspartei

und aus Angst vor ihren Anhängern, umgefallen waren, zerbrach auch das Schachergeschäft der koalitionsbereiten Schlawen. Die SPD-Führer waren die Betrogenen, die auf den Schleichwegen parlamentarischer Schiebungen Schiffbruch erlitten. Die Erklärung des nationalsozialistischen Abgeordneten v. Müde beleuchtet die politisch korruptierte Gesellschaft der „linken“ sozialdemokratischen Führer vor der Arbeiterschaft in ihrer ganzen Erbärmlichkeit. Die Zeitschrift bestätigt, was die Kommunisten über die Koalitionsbereitschaft der SPD-Führer sagten und was von der SPD-Presse regelmäßig abgelehnet und auch von Liebmann mit der Methode dieser Manipulation bestritten wurde.

Es dürfte nun auch dem letzten sozialdemokratischen Arbeiter klarwerden, daß es die betrügerische Absicht dieser „linken“ Führer war, die Unterstützung der Kandidatur Reichner durch die Kommunisten zu benutzen und zu mißbrauchen, um mit Hilfe der Aufwertungspartei und der Hafenzweiger die Regierung zu übernehmen, für deren Umbildung zu einer Koalitionsregierung mit den Parteien des Bürgerbunds später die Kommunisten verantwortlich gemacht werden sollten.

Das war die Absicht und das Ziel dieses Schachergeschäfts. Zu diesem Zwecke wurde der Pakt mit den Hafenzweigern geschlossen. Diese sauberen Pläne der SPD-Führer, die dem Willen des Parteivorstandes unter den für die SPD in Sachsen besonders schwer gelagerten Verhältnissen Rechnung tragen sollten, sind vorläufig gescheitert. Sie erklären auch das Verhalten der SPD-Führer, die jeden gemeinsamen, außerparlamentarischen Kampf der Arbeiter nach den Vorlesungen der Kommunisten gegen den Bürgerbund und für die Aufhebung des Landtages ablehnten, und damit den Regierungstuhlschandel ermöglichten, an dem die SPD-Führer in höchstem Maße interessiert waren. Heute, nachdem die SPD-Führer bei diesem schmutzigen Geschäft die betrogenen Betrüger sind, erweist sich mit aller Klarheit: Schuld an dem Zustandekommen der Bürgerbundsregierung sind die SPD-Führer, die mit ihrer Bereitschaft zur Koalitionspolitik die Interessen der Arbeiter zum Objekt ihrer parlamentarischen Schieberien gemacht haben. Jetzt ist Klarheit geschaffen — die Schiefer sind gefallen und die Protektoren Hitlers mit ihrer Presse schweigen zu den Veröffentlichungen des nationalsozialistischen Abgeordneten Müde. Die Dresdener Volkszeitung unterläßt es auch gestern, auch nur mit einem Worte zu diesem ungeheuren und schändlichen Plan der SPD-Führer einzugehen. Mit der großspürigen Erklärung der SPD-Führer, man werde, wenn eine sozialdemokratische Minderheitsregierung zustande käme, sich u. d. s. r. um rechts und links an das von der SPD vermittelte Regierungsprogramm halten, sollten die SPD-Arbeiter getäuscht und unter dieser Scheinraabstalten Maske der Betrug vollzogen werden.

Die Arbeiterschaft hat nun die Erklärung für die verhörrte Kommunisten- und Sowjetese der SPD-Führer und ihrer Presse, die mit dem Gelde der „Hafenzweiger“ und „Sowjetkern“ des Wandels der SPD-Führer mit den Faschisten zu verschleiern versuchen.

Die SPD-Arbeiter müssen jetzt die wahren Absichten ihrer Führer, auch wenn sie sich noch so rabulisch gebärden, erkennen. Die Erklärung der SPD-Presse, gegenüber der Bürgerbundsregierung sächsischer Opposition zu treten, weil man sich bewußt sei, früher oder später die Regierung wieder zu übernehmen, so formulierte bekanntlich die Dresdener Volkszeitung, zeigt erneut, daß die SPD-Führer in Sachsen nicht daran denken, einen ernsthaften Kampf gegen die Bürgerbundsregierung zu führen. Aufgabe der sozialdemokratischen Arbeiter muß es jetzt sein, dem erbärmlichen Doppelspiel ein Ende zu bereiten und sich gemeinsam mit den Kommunisten zusammenzufinden im Kampfe gegen die Heldtregierung, für die Auflösung des Landtages.

spielt. Die Mieter lehnen in der Zeit heutiger Wirtschaftsnot jede weitere Belastung zugunsten eines kleinen Teiles der Besorgenden als unnötig und untragbar ab, sie erkliden in jeder Forderung des Mieterschutzes einen Angriff auf ihr Wohn- und Existenzrecht.

Die handels- und gewerbetreibenden Mieter erwarten mit Bestimmtheit, daß sich die sächsische Regierung durch keinerlei Parteilichkeiten von der bisherigen Stellungnahme zum Mieterschutz abdrängen läßt. Sie verlangen vielmehr Erweiterung auch auf Pachtverträge. Von der Volksvertretung, die sich für Mieterschutz und Verschönerung ihres Mieterschutzes und damit zur Verschärfung ihrer Forderung einsetzen, wird die Geschäftswelt zu gegebener Zeit Rechenschaft fordern.“

Zu dieser Veranstaltung hatte der Mieterverein die Parteien geladen. Die deutschnationale Volkspartei und die Deutsche Volkspartei hatten geschwiegen, daß sie letzte Zeit haben, einen Vertreter zu entsenden. Auch die Auf-

wertungspartei hatte sich entschuldigt, sie stehe aber hinter den Forderungen der Gewerbetreibenden. Für die kommunistische Partei und die kommunistische Landtagsfraktion war Landtagsabgeordneter Renner erschienen. Dieser erklärte am Schluß der Versammlung für seine Fraktion, daß diese gegen jede Erhöhung des Mieterschutzes und gegen jede Mietpreissteigerung den entschiedensten Kampf führen und bei Verfehlung solcher Art immer auf Seiten der davon Betroffenen stehen werde.

Die kommunistische Fraktion hat angeichts der geplanten Maßnahmen der Regierung folgende Anträge und eine Anfrage im sächsischen Landtag eingebracht:

Antrag

Der Landtag wolle beschließen:
Jede Durchbrechung der Mieterschutzbestimmung, ganz gleich welcher Art, und jede Erhöhung des Mietpreises während des Jahres 1927 hat zu unterbleiben.